

GRÜSSE AUS DER ZUKUNFT

Gas oder Öl? Das war die Frage

Reiner Eichenberger



Rückgrat der neuen nachhaltigen Energiewirtschaft.

2026 lag die Energiestrategie der EU und der Schweiz mit ihrem Netto-null-Ziel 2050 im Sterben. Denn nur Europa war auf diesem Trip. China, Indien, Russland und die USA zogen nicht mit. Deshalb verlief die technologische Entwicklung viel langsamer als erhofft, was es extrem teuer machte, das Netto-null-Ziel zu erreichen. Zudem hätte dies fast nichts gebracht: Europas Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen betrug ja nur 6 Prozent, und mit sinkender europäischer Nachfrage nach fossiler Energie sank deren Preis, was anderenorts Mehrkonsum brachte.

2027 gaben die EU-Sicherheitsbehörden bekannt, dass die EU nicht nur durch eigene Fehler in die Sackgasse Netto-null-bis-2050 lief. Vielmehr trugen «fremde Mächte» mit massiven Informations- und Meinungsmanipulationen dazu bei in der Absicht, die EU und ihre Industrie zu schädigen. Damit war die Energiestrategie tot – aber leider immer noch tödlich.

Sicherheit als neue Dimension

Denn die gesetzlich festgeschriebenen Netto-null-Ziele erzwangen eine enorm teure Politik, die der EU eine grosse Wirtschaftskrise mit höchsten Schäden an Wohlstand und Gesundheit zu bringen drohte. Es galt also die Energiepolitik völlig zu wenden. So wurde erwogen, das Netto-null-Ziel auf 2100 aufzuschieben. Damit aber hätten die für die gescheiterte Energiepolitik Verantwortlichen ihr Gesicht verloren.

Nach epischen Diskussionen setzte sich die Politik durch, die immer schon die richtige gewesen wäre: echte Kostenwahrheit. Wenn jedes Land einen ausnahmslosen CO₂-Preis von sechzig Franken pro Tonne eingeführt hätte, hätten die Anreize der Konsumenten und Produzenten, fossile Energie zu sparen und bessere Alternativen zu entwickeln, gereicht, um das Problem bis 2070 zu lösen. Und da so die Anreize gestimmt hätten, hätten alle Subventionen für alternative Energien und Regulierungen aufgehoben werden können. Um 2030 beschlossen die EU und die Schweiz, diese Politik einseitig zu verfolgen.

In der Schweiz belastete die CO₂-Abgabe die Bürger durchschnittlich für ihre vier Tonnen Emissionen mit 240 Franken brutto pro Jahr. Das Abgabenaufkommen sowie die Einsparungen durch den Wegfall der Subventionen wurden über die Mehrwertsteuer an die Bürger zurückgegeben. Die Mittel reichten für eine Mehrwertsteuersenkung von eineinhalb Prozentpunkten. In der Summe haben die Bürger deshalb netto stark profitiert.

Aufgrund der Politikwende prognostizierten viele Experten, die Zukunft gehöre dem Erdgas. Das aber war falsch. Mit der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage wurde erkannt, wie anfällig komplexe und zentralisierte Versorgungs- und Verkehrsnetze wie Erdgas, Fernwärme, intelligente Stromnetze oder Superschnellzüge auf Sabotage und Systemausfälle waren. Das Konzept der Nachhaltigkeit wurde um eine vierte Dimension erweitert und bedeutete fortan

«eine andauernde und ausgewogene Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Sicherheit».

Weltweit nachgeahmt

Als Inbegriff eines wirklich nachhaltigen Energieträgers wurde bald das Erdöl gesehen. Seine herausragenden Eigenschaften hinsichtlich sicheren und günstigen Transports und Lagerung durch kleine, autonome Einheiten (Tanklastwagen und Öltanks) und die Möglichkeit dezentraler Umwandlung in Strom (Aggregate) machten es zum Rückgrat der neuen nachhaltigen Energiewirtschaft. Und das Beste: Die Politik echter Kostenwahrheit erwies sich als so billig, dass sie alsbald weltweit nachgemacht wurde. So kam die technologische Entwicklung zur Substitution fossiler Energien doch noch voll in Gang, und auch der globale CO₂-Ausstoss stark sank.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts.